

Grußwort: Heinrich Beuscher



Heinrich Beuscher, Landespsychiatriebauftragter der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist mir eine besondere Ehre, dass Sie mir die Möglichkeit geben, wie in der Vergangenheit, so auch in diesem Jahr im Rahmen Ihrer Jahrestagung ein Grußwort an Sie zu richten. Dabei freue ich mich sehr, dass sie Ihre Jahrestagung wieder im Zusammenhang mit der diesjährigen Woche der seelischen Gesundheit in Berlin ausrichten. Mit der Woche der seelischen Gesundheit setzen wir aus Berlin heraus ein unübersehbares Zeichen für ein neues Verständnis von gesellschaftlicher Verantwortung und psychischer Erkrankung.

Bis heute dominieren Informationen zum professionellen Behandlungs- und Betreuungssystem und zu Erkrankungsdaten die öffentliche Diskussion und damit verbunden die öffentliche Wahrnehmung psychischer Erkrankung. Wir waren und sind zu Recht stolz auf die großen Erfolge der Psychiatriereform in Berlin. Mit viel Mut und Engagement haben wir über Jahre daran gearbeitet, dass psychische Erkrankung aus ihrer gesellschaftlichen Verdrängung herausgeholt wurde und immer mehr in der öffentlichen Wahrnehmung den Stellenwert erhält, der ihr zusteht. In der politischen Wahrnehmung ist zwischenzeitlich angekommen, dass die Relevanz psychischer Gesundheit von besonderer gesundheitspolitischer Bedeutung ist. Die Relevanz psychischer Erkrankung – auch unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten – wurde in

der Vergangenheit wegen eines Mangels an verlässlichen Daten lange Zeit unterschätzt. Immer mehr gelingt es nun, psychische Erkrankung aus der rein medizinischen und individualisierten Betrachtungsweise herauszulösen. In der Fachdiskussion treten neben Fragen der Behandlung und Betreuung mehr und mehr Fragen der Umsetzung von Rechten und der Inklusion Behinderter in den Vordergrund. Ein Meilenstein ist hier die UN-Behindertenkonvention, an der sich politische und auch administrative Entscheidungen in Zukunft messen lassen müssen. Die Psychiatriereform in Berlin hat eindringlich gezeigt, dass psychisch erkrankte Menschen auch mit den krankheitsbedingten Veränderungen und Einschränkungen in ihrem gewählten Lebensumfeld leben können. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass sie auch jenseits medizinischer und therapeutischer Leistungen, durch ihr Umfeld aufgenommen, unterstützt und gefördert werden. Geschieht dies nicht, so leben sie häufig in einer künstlich durch professionelle Betreuung gestalteten Realität und die von uns geforderte und gewünschte Integration in die Gesellschaft im Sinne einer Inklusion wird nur zu einem Teil erreicht. Auf dieses zentrale Problem für die Psychiatriereform haben von Anbeginn an die organisierten Angehörigen und die Psychiatrieerfahrenen aufmerksam gemacht. Viele psychisch kranke Menschen leben in ihren Familien. Für viele Angehörige ist es ganz selbstverständlich, sich um die betroffenen Familienmitglieder zu kümmern. Ein gutes psychiatrisches Versorgungssystem kann aus meiner Sicht und Erfahrung ohne die Angehörigen gar nicht funktionieren. Viele psychisch erkrankte Menschen brauchen ihre Angehörigen und viele Angehörige brauchen den Rat und die Unterstützung von weiteren Angehörigen. Somit ergibt sich der besondere Stellenwert der Angehörigen im Gesamtsystem von selbst. Wir müssen dabei aber auch zur Kenntnis nehmen, dass sich Angehörige oft mit ihrer Belastung und Verantwortung alleine gelassen fühlen. Hierzu hat die Gesundheitsministerkonferenz in ihrer 80. Sitzung im Jahre 2007 festgestellt, dass es bis

heute nicht gelungen ist, die Stigmatisierung psychisch kranker Menschen aufzuheben. Diese gesellschaftliche Aufgabe der Entstigmatisierung kann von der Psychiatrie allein nicht bewältigt werden, sondern bedarf weiterhin großer Anstrengungen aller gesellschaftlich relevanten Kräfte. In diesen Prozess sind auch Angehörige, Psychiatrie-Erfahrene und Selbsthilfeorganisationen einzubinden. Ich habe diese Aussage aufgegriffen, um darzustellen, dass in den Fachpolitiken nach der erfolgten Öffnung der Psychiatrie gesehen wird, dass Behandlung, Betreuung und Unterstützung psychisch erkrankter Menschen viel stärker als bisher an den Bedürfnissen und Wünschen des Individuums ansetzen muss. Dies ist aber nur erreichbar, wenn die psychisch erkrankten Menschen selbst, die Selbsthilfe und insbesondere auch die Angehörigen deutlich mehr beachtet und wertgeschätzt werden. Wir haben in Berlin ein wirklich gutes und sehr flexibles Behandlungs- und Unterstützungssystem etabliert, das in weiten Bereichen in der Verantwortung professioneller Helfer und Helferinnen liegt. Unser Defizit liegt jedoch jenseits dieses unabdingbaren Leistungsbausteins in der Ermöglichung von Leistungen der Unterstützung und Entlastung von Familien, die sich aktiv um die psychisch erkrankten Familienmitglieder kümmern. Zur Zeit erlebe ich das Anliegen von professionellen Leistungserbringern, ihre Leistungsmöglichkeiten deutlich ausbauen zu wollen. Dies geschieht sowohl im Bereich von klinischer und ambulanter Behandlung und Therapie, wie auch im Bereich von Betreuungsleistungen. Ich bin sehr skeptisch, ob diese Entwicklung zu mehr oder verbesserter Qualität führen wird. Aus meiner Sicht bedarf es eines Um- bzw. Weiterdenkens mit dem Ziel einer verstärkten Förderung und professionellen Unterstützung der agierenden Personen innerhalb noch bestehender und intakter Lebenszusammenhänge. Wenn ein psychisch erkrankter Mensch die Möglichkeit hat, z.B. durch seine Angehörigen gestützt und gefördert zu werden, so müssen wir verstärkt auch darauf schauen, welche Unterstützung, Entlastung und Beratung die Angehörigen benötigen.

Sehr geehrte Damen und Herren, seit jetzt 20 Jahren erheben Sie organisiert Ihre Stimme für Ihre psychisch erkrankten Angehörigen. In diesen 20 Jahren haben wir das Gesicht der Psychiatrie in unserer Stadt grundlegend

verändert. Vieles haben wir sehr weitreichend verbessern können und nicht wenige Ihrer Anliegen und Forderungen haben wir dabei aufgenommen und in Versorgungsrealität umgesetzt. Ich wiederhole mich gerne an dieser Stelle mit meinem Dank für die von Ihnen erfahrene konstruktive Kritik und Unterstützung. Doch keinesfalls ist es nun an der Zeit sich zurückzulehnen. Selbst das Erreichte wird heute nicht selten unter dem Druck der ökonomischen Krise immer wieder in Frage gestellt. Selbstverständlich müssen wir daran arbeiten, dass die öffentlichen, aber auch die Mittel der Versicherungsgemeinschaften möglichst effektiv eingesetzt werden. Doch müssen wir darauf achten und verhindern, dass die Instrumente zur Optimierung von Leistung und dem Controlling der Ergebnisse nicht missbräuchlich dafür eingesetzt werden, einmal mehr den Personenkreis der psychisch erkrankten Menschen zu benachteiligen, indem die erforderlichen Mittel dem System entzogen werden. Deutlich mehr als bisher müssen wir dafür Sorge tragen, dass die Selbsthilfe und insbesondere auch die Leistungen der Angehörigen durch professionelle Unterstützung begleitet und gestützt werden. Sonst besteht die Gefahr, dass die von uns immer geforderte Integration im Sinne einer Inklusion in die Gemeinde auf der Ebene einer professionell begleiteten und gesicherten Separation stehen bleibt. Wir, das heißt die Leistungserbringer im Versorgungssystem, aber auch wir, die wir die Aufgabe haben das System zu entwickeln und zu steuern, brauchen Sie, um den Reformprozess weiter voranzubringen. Reform braucht Zeit, Kraft, Beharrlichkeit und verlässliche Partner. Wie immer an dieser Stelle bitte ich Sie, unsere Arbeit, auch mit der erforderlichen kritischen Distanz, zu begleiten. Dabei wünsche ich uns allen, dass wir auch in den nächsten 20 Jahren mindestens so viel erreichen wie in den vergangenen 20 Jahren.

In diesem Sinne freue ich mich, Ihr heutiges Jubiläum zusammen mit Ihnen zu begehen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.